

Dr. Gregor Gysi

- (A) Ich möchte ferner darauf hinweisen, dass ich die Aussage, dass ich nur beobachtet werde, falsch finde. Herr Bundesinnenminister, Sie können mir nicht erklären, weshalb auf zig Blättern in meiner Akte steht: „Sperrvermerk“, „Musste entnommen werden“ oder weshalb die Blätter vollständig geschwärzt sind. Warum darf ich die Unterlagen, wenn sie öffentlich zugänglich sind, nicht lesen? Das ist doch nicht hinnehmbar. Hier ist doch nicht die Wahrheit gesagt worden.

Ich möchte noch etwas sagen. Ja, Sie haben recht: Ich habe abfällig über das Bundesamt für Verfassungsschutz, das heißt den Inlandsgeheimdienst, gesprochen. Ich nenne Ihnen auch die Gründe: Seit Jahren passieren zehn Morde, organisiert vom Rechtsterrorismus, und dieses komische Bundesamt ist nicht in der Lage, einen einzigen Beitrag zu leisten, um sie zu verhindern oder wenigstens darauf hinzuweisen, dass der Rechtsterrorismus dahintersteckt. Dazu ist es nicht in der Lage. Aber 27 Abgeordnete meiner Fraktion kann es die ganze Zeit beobachten. Deshalb sage ich: Die sind ballaballa und ein Pfeifenverein, und ich bleibe auch dabei.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Josef Philip Winkler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Herr Kollege Gysi, Sie haben das Wort zu einer persönlichen Erklärung. Ich habe Ihnen nicht das Wort zu einer Kurzintervention erteilt.

- (B) **Dr. Gregor Gysi (DIE LINKE):**
Das stimmt ja auch.

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:
Deswegen bitte ich Sie, Schluss zu machen.

Dr. Gregor Gysi (DIE LINKE):

Das ist ja auch eine persönliche Erklärung. Mir ist das ja vorgeworfen worden.

Ich will nur noch sagen, dass wir eine Gesetzesänderung brauchen. Ich bin auch dafür, dass man einen Herrn Apfel beobachtet. Aber das darf doch nicht so willkürlich geschehen. Wo ist der Vorbehalt? Wo wird das Parlament gefragt? Wo wird es informiert? Es ist alles indiskutabel. Deshalb werden wir sehen, wie das Bundesverfassungsgericht über unsere schon längst eingereichte Klage und die Verfassungsbeschwerde des Herrn Ramelow entscheiden wird.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Da Gregor Gysi das Instrument der persönlichen Erklärung zu einer Kurzintervention verwandelt hat, muss ich nun Kollegen Uhl Gelegenheit geben, auf diese Kurzintervention zu antworten.

(Beifall des Abg. Peter Altmaier [CDU/CSU])

Dr. Hans-Peter Uhl (CDU/CSU):

(C)

Herr Kollege Gysi, Sie haben nicht recht mit Ihrer Behauptung, Sie hätten nicht zum Antisemitismus in der Partei Die Linke gesprochen. Ich habe hier eine Rede in der Hand, gehalten am 14. April 2008, Überschrift: „Die Haltung der deutschen Linken zum Staat Israel“. Dort haben Sie, angesichts 60 Jahre Israel, umfangreich über 13 Seiten dargestellt, worin die Probleme der antisemitischen Kräfte in der Partei Die Linke

(Dr. Gregor Gysi [DIE LINKE]: In der deutschen Linken!)

im Umgang mit dem Staat Israel bestehen. Sie haben sehr sensibel und sehr klug herausgearbeitet, dass Antisemitismus heute immer wieder als antiisraelische Politik verkleidet in Erscheinung tritt, auch in Ihrer Partei.

Sie haben dann herausgearbeitet – auch mit Recht –, dass es zur Staatsräson dieser Bundesrepublik Deutschland gehört, das Existenzrecht Israels nicht zu verneinen, sondern zu bejahen, dass es zur Staatsräson dieser Republik gehört, Solidarität mit den Juden im Staate Israel zu üben. Sie haben gesagt, wenn die Partei Die Linke mit dieser Staatsräson nicht im Reinen sei – und sie ist nicht im Reinen, sonst hätten Sie die Rede nicht halten müssen –, dann werde sie niemals in Deutschland eine Regierungsbeteiligung organisieren können.

(Beifall bei der CDU/CSU – Alexander Süßmair [DIE LINKE]: Das ist eine Unterstellung!)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

(D)

Die Aktuelle Stunde ist beendet.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 5 auf:

Beratung des Antrags der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Einsetzung eines Untersuchungsausschusses

– Drucksache 17/8453 –

Hierzu liegt je ein Änderungsantrag der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vor.

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung ist für die Aussprache eine Stunde vorgesehen. – Ich höre dazu keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache und erteile Kollegen Peter Altmaier für die CDU/CSU-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Peter Altmaier (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die abscheuliche Mordserie der rechtsextremistischen Terrorgruppe Nationalsozialistischer Untergrund hat uns alle in diesem Haus so schockiert wie kaum ein anderes Ereignis der letzten Jahre. Es hat uns schockiert, weil wir Verbrechen in dieser Art, in diesem Umfang, in dieser Größenordnung in unserem Land nicht für möglich gehalten hätten. Es hat uns schockiert wegen des unersäglichen Leides, das damit viele Jahre lang über sehr

Peter Altmaier

- (A) viele Menschen, die friedlich bei uns leben, gekommen ist. Es hat uns schockiert, dass es den Betroffenen so lange möglich war, unerkannt und unbehelligt ihr Unwesen zu treiben. Dies können und dies werden wir für die Zukunft nicht hinnehmen.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und der FDP)

Das war der Grund, warum wir in einer eindrucksvollen Debatte und einer ebenso eindrucksvollen Entschliebung vom 22. November letzten Jahres einstimmig diese Gefühle und unsere Entschlossenheit zur Aufklärung und zur Ziehung der notwendigen Konsequenzen zum Ausdruck gebracht haben.

In diese Erklärung des Deutschen Bundestags, die zeigt, wie breit und wie stark der demokratische Nachkriegskonsens in unserem Land ist, haben wir nach reiflicher Überlegung alle Fraktionen in diesem Haus einbezogen. Ich glaube, es war richtig, dass wir alle Fraktionen in diesem Haus einbezogen haben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD – Wolfgang Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Da klatschen nur wir!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren von der Fraktion Die Linke, erlauben Sie mir aber auch folgenden Hinweis: Ich gehöre diesem Bundestag seit 17 Jahren an. Ich war dafür, dass Sie in das Rubrum des Antrags aufgenommen wurden. Gleichzeitig bin ich aber deprimiert darüber, wie wenig Sie Ihre 20-jährige Zugehörigkeit zum Deutschen Bundestag genutzt haben, um sich in Ihrer eigenen Arbeit von antisemitischen, anti-europäischen, antidemokratischen und anti-amerikanischen Tendenzen zu distanzieren und einen klaren Schlussstrich unter die Vergangenheit zu ziehen. Solange Sie das nicht schaffen, dürfen Sie sich nicht wundern, wenn Sie in anderen Fragen der Politik nicht so behandelt werden, wie dies für die SPD, die Grünen, die FDP und die CDU selbstverständlich ist.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wir halten es für richtig, dass wir den Konsens vom 22. November letzten Jahres hinsichtlich der Verurteilung der Tat auch hinsichtlich der Aufarbeitung für die Zukunft beibehalten. Wir glauben, dass es für die Akzeptanz in unserem Land und für den Erfolg unserer Aufklärungsarbeit wichtig ist, dass wir uns nicht über einzelne prozedurale Fragen zerstreiten.

Deshalb sage ich: Wir von unserer Fraktion waren und sind nicht zu 100 Prozent überzeugt, dass die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses das naheliegende und am besten geeignete Instrument ist, um diese Arbeit zu leisten. Wir hätten einer Expertenkommission von Bund und Ländern den Vorzug gegeben, weil wir glauben, dass vieles von dem, was aufzuklären ist, die Zuständigkeit der Länder sowie die Schnittstellen zwischen einzelnen Ländern und auch die Schnittstellen zum Bund berührt. Deshalb haben wir uns sehr früh für eine Expertenkommission von Bund und Ländern ausgesprochen,

- die der Bundesinnenminister dankenswerterweise vorgeschlagen hat. (C)

Wir haben aber festgestellt, dass es auch zwei Fraktionen in diesem Haus gibt, die aus ihrer Sicht zu dem Ergebnis gekommen sind, dass die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses angezeigt ist. Auch wenn die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und die Linksfraktion nicht ganz über das notwendige Einsetzungsquorum verfügt haben, waren wir der Auffassung, dass es nicht wert ist, sich an dieser Stelle zu zerstreiten.

(Hans-Christian Ströbele [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sehr gut!)

Ich meine, es ist ein Beweis für die Tragfähigkeit unseres Grundkonsenses, dass wir uns auf eine Gesamtlösung geeinigt haben, die den Anliegen aller Seiten in diesem Haus gerecht wird. Es wird eine Expertenkommission von Bund und Ländern geben, die in ihrem Umfang überschaubar ist und die imstande sein wird, schnell und effizient zu arbeiten. Zudem wird es einen Untersuchungsausschuss geben, der vermeiden soll, dass wir im Deutschen Bundestag an vier oder fünf Stellen parallele Arbeiten durchführen. Dieser Untersuchungsausschuss wird die Arbeiten bündeln. Außerdem wird er einen Sonderermittler haben, der ebenfalls imstande sein wird, die Aufarbeitung voranzutreiben. Ich bin überzeugt, dass diese Lösung auch in der Öffentlichkeit Anerkennung finden wird.

Es ist jetzt unsere Aufgabe, dass wir alles tun, damit in der Praxis tatsächlich eine Aufklärung der Vorgänge erfolgt, damit es möglich wird, aufzuklären, welche Fehler, Pannen und Versäumnisse vorgekommen sind, (D)

(Wolfgang Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Genau!)

damit es möglich wird, die richtigen Konsequenzen für die Zukunft zu ziehen.

Nachdem wir es geschafft haben, bereits vor Weihnachten in der Innenministerkonferenz einen Konsens über die Expertenkommission herzustellen, nachdem wir es geschafft haben, uns auf einen gemeinsamen Antrag zu einigen, wäre es, glaube ich, nicht gut, wenn wir uns in den nächsten Wochen und Monaten darüber streiten würden, wer welche Akten bekommt und wie die Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern und den jeweiligen Gremien auszusehen hat. Deshalb will ich auch im Namen meiner Geschäftsführerkollegen der anderen Fraktionen sagen: Wir sehen uns in der Verantwortung, dass wir, der Deutsche Bundestag, gemeinsam mit dem Bundesinnenminister und den Bundesländern dafür sorgen, dass wir eine vernünftige Arbeitsteilung herstellen und die Arbeit in einem Geiste der vertrauensvollen Zusammenarbeit so organisieren, dass sie in absehbarer Zeit zu Ergebnissen führt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich will für meine Fraktion sagen, dass wir mit der Einsetzung dieses Untersuchungsausschusses selbstverständlich nicht

Peter Altmaier

- (A) aufhören werden, schon jetzt die Konsequenzen zu ziehen, die auf der Hand liegen. Wir erkennen an, dass die Bundesregierung imstande war, sehr schnell erste Maßnahmen zu ergreifen. Ich gehe davon aus, dass dies auch in Zukunft der Fall sein wird.

Der Umstand, dass wir einen Untersuchungsausschuss haben, in dem sich Experten – der Kollege Binninger aus unserer Fraktion und andere – mit dieser sicherlich nicht ganz einfachen Materie beschäftigen, entbindet uns, den Bundestag insgesamt, nicht von unserer politischen Verantwortung. Wir werden dafür sorgen, dass dieses Thema nicht in Vergessenheit gerät und wir die notwendigen Konsequenzen ziehen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Das Wort hat nun Thomas Oppermann für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Thomas Oppermann (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Morde, Bombenanschläge und Banküberfälle des Nationalsozialistischen Untergrunds gehören zweifellos zu den schwersten Verbrechen in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Wir haben gesehen, wie sich aus einer nationalistischen Ideologie über die Zwischenstufe einer aggressiven rechtsextremen Kameradschaft ein rechter Terror entwickelt hat. Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen: Es ist für mich immer noch ein unheimlich schwer zu ertragender Gedanke, dass sich nach dem Ende der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft im demokratischen Deutschland über zehn Jahre hinweg ein vom rassistischen Vernichtungswillen geprägter nationalsozialistischer Terror ausbreiten konnte.

- (B)

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist ein deprimierender Befund, dass unsere Sicherheitsbehörden diese Verbrechen nicht verhindern konnten, obwohl es möglich gewesen wäre. Es war eine ganze Kette von Fehlern, Fehleinschätzungen und Nachlässigkeiten, die es am Ende den Terroristen leicht gemacht haben, diese Verbrechen zu begehen.

Dabei geht es im Kern um die Schutzpflichten des Staates, um die elementaren Schutzpflichten, die der Staat gegenüber seinen Bürgern hat, nämlich die Sicherheit der Bürger vor solchen Verbrechen zu gewährleisten. Diese Schutzpflichten hat der Staat verletzt. Insofern ist es auch ein ganz schlimmer Fall von Staatsversagen, den wir hier erlebt haben.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb sind wir es den Opfern und ihren Angehörigen schuldig, dass diese Vorgänge umfassend und ohne jede Rücksichtnahme aufgeklärt werden und wir alle

- (C) notwendigen Maßnahmen ergreifen, damit sich solche schlimmen Verbrechen in Deutschland nicht noch einmal ereignen können.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Die Voraussetzungen dafür sind gut. Peter Altmaier hat darauf hingewiesen, dass der vorliegende Antrag von allen Fraktionen des Deutschen Bundestages getragen wird. Dass wir einen Konsens der demokratischen Parteien haben, das ist eine wichtige Voraussetzung. Wir sind nicht dem schnellen Reflex gefolgt, einen Untersuchungsausschuss als Kampfinstrument der Opposition gegen die Regierung einzusetzen. Das wäre falsch und kurzsichtig gewesen. Stattdessen haben wir bei genauer Prüfung festgestellt, dass ein Bundestagsuntersuchungsausschuss nur begrenzte Möglichkeiten hat,

(Wolfgang Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Na, na, na! – Hans-Christian Ströbele [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das sehen wir anders!)

Sachverhalte zu überprüfen, die im Bereich der parlamentarischen Verantwortlichkeit von Landesregierungen liegen.

(Wolfgang Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie sind ja dieses Mal nicht dabei, Herr Kollege Oppermann!)

- (D) Wir wollen eine umfassende Aufklärung. Uns genügt es nicht, festzustellen, dass die eine oder andere Landesregierung nicht kooperiert,

(Hans-Christian Ströbele [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die muss!)

um sie dann dafür zu kritisieren. Das bringt uns in der Sache nicht weiter. Deshalb ist die Idee, eine Bund-Länder-Ermittlungsgruppe aufzustellen, mit den Ländern gemeinsam die Vorgänge in den einzelnen Bundesländern zu untersuchen, insbesondere die Schnittstellen von Bund und Ländern, richtig. Hier hat sich die Idee einer intelligenten Verknüpfung von Untersuchungsausschuss und Bund-Länder-Kommission durchgesetzt.

(Beifall bei der SPD)

Ich bin davon überzeugt, dass es gelingt, ein Gesamtbild der Vorgänge zu bekommen. Wir müssen den Sachverhalt feststellen, der sich zugetragen hat. Auf der Basis dieses Sachverhaltes muss eine Schwachstellenanalyse durchgeführt werden. Dann brauchen wir Vorschläge, wie unsere Sicherheitsarchitektur so verändert werden kann, dass sich ein solcher Vorgang nicht wiederholen kann.

Weil das Ganze so konzipiert ist, bin ich froh darüber, dass dieser Untersuchungsausschuss kein Skandalisierungsinstrument ist, sondern ein Aufklärungsinstrument mit zusätzlichen Möglichkeiten im Sinne einer Gesetzgebungs- und Empfehlungsenquete, Vorschläge zu erarbeiten, wie wir unser Sicherheitssystem in diesem Bereich verbessern können.

Thomas Oppermann

(A) Der Untersuchungsausschuss hat drei Ziele:

Erstens die Aufklärung des Sachverhaltes und die Ausarbeitung von Empfehlungen, von denen ich eben gesprochen habe.

Zweitens erhoffe ich mir von diesem Ausschuss, dass wir Belege und Beweise für die Zusammenarbeit zwischen NPD bzw. NPD-Mitgliedern und dem braunen Unterstützernetzwerk der Terroristen finden. Wir stellen schon jetzt fest: Ohne die mitwirkenden NPD-Mitglieder wäre das braune Unterstützungs- und Sympathisantenetzwerk für die Rechtsterroristen nicht möglich gewesen. Der Untersuchungsausschuss muss die Möglichkeit nutzen, Belege und Beweise für die Verfassungswidrigkeit der NPD zu sammeln, damit wir sie in einem zweiten Verbotverfahren verwerten können.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Nicht zuletzt erhoffe ich mir von diesem Ausschuss, dass er dazu beiträgt, das gesellschaftliche Bewusstsein zu verändern. Die vielen Fehler, die die Sicherheitsbehörden gemacht haben, sind für mich kein Zufall. So viele Fehler macht man nur in einem Umfeld, das von einer nachhaltigen Verharmlosung rechtsextremer Ideologie und neonazistischer Gewalt geprägt ist.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP, der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

(B) Der Rechtsextremismus ist in Deutschland über Jahre hinweg systematisch unterschätzt worden. Deshalb müssen wir dazu beitragen, dass sich die Haltung der Menschen in diesem Land verändert. Die rechtsextreme Ideologie will die demokratische und pluralistische Gesellschaft bekämpfen. Sie stellt einen Grundgedanken unserer Verfassungsordnung infrage, nämlich die Gleichwertigkeit aller Menschen. Die Rechtsextremen wollen die Menschen einteilen in höherwertige und in minderwertige. Wir alle müssen dieser Ideologie entgegentreten,

(Beifall der Abg. Heidemarie Wieczorek-Zeul [SPD])

egal wo sie auftritt: ob am rechten Rand der Gesellschaft oder in der Mitte der Gesellschaft. Auch dazu muss der Ausschuss einen Beitrag leisten.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Das Wort hat nun Hartfrid Wolff für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Enthüllungen der letzten Wochen haben das Vertrauen der

Bevölkerung in die Arbeit der Sicherheitsbehörden nachhaltig beeinträchtigt. Bei den Morden der Zwickauer Zelle handelt es sich um die bislang schwerwiegendsten neonazistisch motivierten Gewalttaten, die die Bundesrepublik Deutschland erlebt hat. Es gab schon jetzt erkennbare erhebliche und kaum fassbare Fehler und Versäumnisse auch der Sicherheitsbehörden. Die Bürgerinnen und Bürger haben einen Anspruch darauf, eine lückenlose und einheitliche politische Aufklärung dieser Fehler zu erhalten. (C)

Deshalb muss neben einer juristischen Aufarbeitung durch den Generalbundesanwalt nun auch eine politische Aufklärung erfolgen. Es muss geklärt werden: Wer wusste was? Wer trägt für diesen Dilettantismus der Sicherheitsbehörden die Verantwortung? Wie können wir den braunen Sumpf trockenlegen? Die Fragen nach den Konsequenzen sind wir den Opfern, der schockierten deutschen Öffentlichkeit und unserer Demokratie schuldig.

Die FDP-Fraktion hat von Anfang an die Möglichkeit eines Untersuchungsausschusses erwogen. Insofern stimmt es nicht ganz, dass die Größe des Ausschusses verändert werden müsste, damit die Fraktionen, die von Anfang an einen solchen Ausschuss erwogen hätten, die Viertelminorität erreichen. Die wird jetzt erreicht.

(Wolfgang Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja, aber so richtig Opposition sind Sie doch auch noch nicht, Herr Kollege!)

Die SPD hat in den letzten Wochen mehrmals ihre Meinung gewechselt und trägt aus meiner Sicht die Verantwortung dafür, dass wir erst in diesem Jahr die Verfahrensfragen abschließend besprechen konnten. Über die Gründe kann man nur spekulieren. Umso mehr freut es mich aber, dass nun alle Fraktionen sich auf die Einsetzung dieses Ausschusses geeinigt haben. Der Kollege Altmaier hat die Eckpunkte entsprechend skizziert. (D)

Die FDP hat von Anfang an auf eine lückenlose Aufklärung gedrängt. Zu viel ist augenscheinlich vor allem auch in der Koordination der Behörden schiefgelaufen. Zu sehr belasten diese Morde das Ansehen unserer Sicherheitsorgane im In- und Ausland. Insbesondere steht der Eindruck im Raum, die Länder hätten nebeneinander gearbeitet. Es wäre deshalb unverantwortlich, wenn sich die Innenminister der Länder weigern würden, ihren Beitrag zur politischen Aufarbeitung auch an der Stelle zu leisten.

Der Bund hat nach dem Grundgesetz die Alleinzuständigkeit zur Regelung der Zusammenarbeit der Verfassungsschutzbehörden. Offenbar sind sich manche Länderdienststellen nicht der Verantwortung bewusst, die ihnen der Bund durch das derzeitige sehr länderfreundliche Verfassungsschutzgesetz einräumt. Das Bundesamt für Verfassungsschutz hat allerdings schon jetzt sehr weitreichende Kompetenzen, auch Informationen aus den Bundesländern einzuziehen. Hier erwarte ich im Ausschuss erheblich mehr Informationen.

Das Nebeneinander der Sicherheitsbehörden, die unverhohlene Verteidigung von Ressortegoismen und auch von Kompetenzen im Bund-Länder-Verhältnis muss auf

Hartfrid Wolff (Rems-Murr)

- (A) den Prüfstand. Wer nicht kooperiert, schafft Sicherheitslücken. Das war bei der Beobachtung der Sauerland-Gruppe so, und das ist in diesem Fall leider auch so. Wir brauchen eine neue Sicherheitsarchitektur unter Einbeziehung der Länder.

Meine Damen und Herren, die bisherigen Initiativen des Bundesinnenministers für ein gemeinsames Abwehrzentrum und die Zusammenführung von Daten weisen in die richtige Richtung. Weitere, vor allem auch organisatorische Maßnahmen, insbesondere in Zusammenarbeit mit den Ländern, sind nötig.

Der Untersuchungsausschuss hat die Aufgabe, zu ermitteln, welche Fehler gemacht wurden. Nur so können wir verhindern, dass sich Derartiges wiederholt. Die FDP wird auf der lückenlosen Aufklärung bestehen und konsequent und konstruktiv im Ausschuss mitarbeiten.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Das Wort hat nun Petra Pau für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Petra Pau (DIE LINKE):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Innenausschuss des Bundestages hat sich mehrfach mit der Nazimordserie der sogenannten Zwickauer Zelle befasst. Stets waren Vertreter des Innenministeriums, des Bundeskriminalamtes, des Verfassungsschutzes, der Bundesanwaltschaft und weiterer Behörden dabei. Es ging um Aufklärung. Das hofften wir.

- (B)

Den mageren Ertrag fasste der Kollege Wolfgang Bosbach, CDU, so zusammen: Die was wissen, die kommen nicht. Die, die kommen, wissen nichts. Und die, die was wissen und dennoch kommen, die sagen nichts. – Prägnanter kann man kaum bündeln, warum wir nun diesen Untersuchungsausschuss brauchen.

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Es sei an zwei Zitate erinnert, beide vom Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz. Heinz Fromm meinte, die Nazimordserie sei eine „Niederlage für die Sicherheitsbehörden“, und er räumte ein:

Wir haben die jetzt bekannt gewordenen Täter nicht wirklich verstanden. ... Dabei hätte man es besser wissen können.

Folglich muss der Untersuchungsausschuss auch der Frage nachgehen, warum der Rechtsextremismus so beharrlich unterschätzt wird. Zehn Menschen mussten dies mit ihrem Leben bezahlen. Ich korrigiere mich: seit 1990 mehr als 150 Menschen. Ich denke: Der Bundestag schuldet ihnen und all ihren Angehörigen eine vorbehaltlose Aufklärung.

(Beifall bei der LINKEN, der SPD, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Rechtsextremismus ist eine Gefahr für Leib und Leben. Fragen Sie Initiativen, die sich täglich gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus engagieren. Sie haben längst das Wissen und die Kompetenz, die die Familienministerin, Kristina Schröder, nun plötzlich mit einer staatlichen Extrabehörde schaffen möchte. Viel besser wäre es, diese Initiativen nicht ständig infrage zu stellen, nicht politisch und auch nicht finanziell.

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Der Bundesinnenminister, Hans-Peter Friedrich, hat recht, wenn er ermahnt: Der Kampf gegen Rechts ist eine „Daueraufgabe der gesamten Gesellschaft“. Ich frage mich allerdings, warum die Regierung dagegen seit Jahren Knüppel streut.

Es ist gut, dass sich nun alle Fraktionen weitgehend einvernehmlich auf einen Untersuchungsausschuss geeinigt haben. Allerdings – das spielte eben schon eine Rolle – ist die Gefahr noch nicht gebannt, dass sich maßgebliche Behörden auf ein angebliches Aussageverweigerungsrecht zurückziehen. Wir kennen das auch aus anderen Untersuchungen. Ich hoffe also, dass die Appelle der Kollegen Altmaier, Wolff und anderer auf fruchtbaren Boden fallen. Sollte dies aber nicht der Fall sein: Die Linke hat alle einschlägigen Urteile des Bundesverfassungsgerichts parat. Deutlicher gesagt: Wir sind vorbereitet, das Kontrollrecht des Parlamentes gegenüber den Bundesbehörden notfalls auch in Karlsruhe durchzusetzen.

(D)

(Beifall bei der LINKEN – Hans-Christian Ströbele [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das Gesetz ist auf unserer Seite!)

Nun gibt es noch einen weiteren Streit, nämlich den über die zahlmäßige Stärke des Untersuchungsausschusses. Im Angebot sind 8, 11 oder 15 Mitglieder. CDU/CSU, FDP und SPD neigen zu 11 Abgeordneten. Das klingt wie der goldene Mittelweg, ist es aber nicht. Deshalb sage ich allen interessierten Zuhörern: Bei 8 oder 15 Mitgliedern hätten Grüne und Linke zusammen ein eigenes Beweisantragsrecht. Bei 11 Ausschussmitgliedern wären beide Fraktionen drittrangig. Ich finde, liebe Kolleginnen und Kollegen, ein Elferrat ist kein Beleg für Souveränität.

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Abschließend noch zwei persönliche Bemerkungen: Sie, Herr Bundesinnenminister Friedrich, sind aktuell mehrfach zur Überwachung der Linken durch den Verfassungsschutz befragt worden, ganz allgemein, aber auch konkret nach der Vizepräsidentin des Bundestages Petra Pau, also mich. Sie haben darauf mit einem Verweis auf die NPD reagiert. Ich finde es unverschämte, mich mit diesem braunen Gesindel auch nur ansatzweise zusammen zu denken.

(Beifall bei der LINKEN, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Petra Pau

- (A) Es mag sein, dass Sie schlecht beraten waren. Es mag sein, dass Sie in Erklärungsnot waren. Aber eine solche infame Unterstellung weise ich persönlich enttäuscht und strikt zurück.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb will ich auch daran erinnern: Die Nazis kamen 1933 nicht an die Macht, weil die NSDAP so stark war, sie wurden mächtig, weil Demokratinnen und Demokraten zu schwach und zerstritten waren. Diese Lehre aus der Geschichte sollte endlich auch bei Behörden und Ministern ankommen.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Ingo Wellenreuther [CDU/CSU]: Demokratieunterricht von den Linken ist das Letzte, was wir brauchen!)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Das Wort hat nun Volker Beck für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Volker Beck (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

- Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Morde der rechtsterroristischen Mundlos-Zschäpe-Bande haben Deutschland erschüttert. Das Erschütternde ist, dass Menschen sterben mussten, weil die Sicherheitsbehörden in unserem Land versagt haben. Die Morde hätte man verhindern können, wenn man die Täter verfolgt, verhaftet und vor Gericht gestellt hätte. Das ist eine Tragödie, die nicht wiedergutzumachen ist. Das Vertrauen in unseren Rechtsstaat ist bei Teilen unserer Bevölkerung dadurch nachhaltig erschüttert worden.

Das Institut für Migrations- und Politikforschung der Universität Ankara hat festgestellt: Viele türkische Migranten haben durch diese Vorgänge das Vertrauen in den deutschen Rechtsstaat verloren. 55 Prozent glauben, dass die Rechtsterroristen vom deutschen Staat geschützt oder gar gefördert wurden. Wenn man sich die Informationen der letzten Wochen anschaut, kann man sagen: Diese Annahme ist nicht gänzlich falsch. Natürlich war es nicht der Staat selbst, aber einige seiner Beamten haben versagt, haben diese Bande indirekt geschützt und ihr sogar Geld zukommen lassen.

Deshalb ist es wichtig, dass der Deutsche Bundestag heute mit allen fünf demokratischen Fraktionen – ich betone das – diesen Untersuchungsausschuss gemeinsam einsetzt. Nur ein Untersuchungsausschuss kann Zeugen unter Wahrheitspflicht vorladen und sie zwingen, zu sagen, was sie wissen, damit alles auf den Tisch kommt. Ich war nie gegen eine Bund-Länder-Kommission, in der die Exekutive sie selbst betreffende Vorgänge selbst aufklärt und schaut, welche ihrer Fehler sie sich zurechnet und welche davon sie der Öffentlichkeit präsentieren will. Solch eine Kommission kann aber eine parlamentarische Untersuchung nicht ersetzen. Sie kann allenfalls Unterstützung bei der Aufklärungsarbeit leisten. Wenn

sie konstruktiv arbeitet, nehmen wir die Informationen gerne entgegen. (C)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Ich bin froh, dass es jetzt diese Gemeinsamkeit bezüglich des Untersuchungsausschusses gibt; denn das war im Dezember 2011 noch nicht so. Wir mussten heftig kämpfen und Überzeugungsarbeit leisten, dass dies der richtige Weg ist. Wir hatten auch Diskussionen über den Auftrag; einige Formulierungen hätten uns viele Steine in den Weg gelegt. Es ist gut, dass wir heute Konsens feststellen und das Anliegen gemeinsam tragen.

Aber wenn tatsächlich Konsens herrscht, dann frage ich Sie: Warum fürchtet jemand das gemeinsame Beweis-antragsrecht von zwei kleinen Fraktionen, damit sie vollständig und gleichberechtigt, also auf Augenhöhe, im Untersuchungsausschuss mitwirken können? Wir stellen dazu Änderungsanträge. Ich finde, Sie sollten Ihrem Herzen einen Ruck geben. Sie haben zwei Möglichkeiten: Sie können den Untersuchungsausschuss größer oder kleiner machen. Auf beiden Wegen kommen Sie zu dem Ergebnis, dass diese beiden Fraktionen das Beweis-antragsrecht erhalten.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der LINKEN – Michael Hartmann [Wackernheim] [SPD]: Es gibt drei Oppositionsfraktionen!)

Wenn Sie das nicht tun, sollten Sie sich aber verpflichten, diesen Anträgen jeweils stattzugeben; ansonsten versuchen Sie, durch einen Trick bei der Zusammensetzung die vorbehaltlose Aufklärung zu verhindern. (D)

(Hartfrid Wolff [Rems-Murr] [FDP]: Herr Beck, was für ein Trick?)

Wir müssen vorbehaltlos aufklären, wir müssen Fragen stellen. Wir müssen zum Beispiel fragen, wie es sein konnte, dass man 14 Jahre lang eine Mörder- und Bankräuberbande aus dem Nationalsozialistischen Untergrund nicht gefunden und ergriffen hat, ihnen nicht nachgesetzt hat. Wie konnte es sein, dass der Vater einer dieser Terroristen vom Verfassungsschutz angerufen wurde und ihm gesagt wurde, er solle nur von einer Telefonzelle aus anrufen, wenn er Kenntnis von Aufenthaltsorten seines Sohnes hat, ansonsten höre auch die Polizei zu? Wie kann es in einem Rechtsstaat sein, dass der Verfassungsschutz Mörder und Terroristen vor polizeilicher Verfolgung schützen will? Das ist doch unmöglich!

Unmöglich ist auch, dass man lange Zeit die Opfer zu Tätern gemacht hat, indem man das irre Wort „Döner-Morde“, das Unwort des Jahres 2011, verwendet hat. Es haben nicht Döner gemordet, und es sind auch nicht Döner ermordet worden, sondern es sind Menschen mit Migrationshintergrund von deutschen Rassisten und Rechtsextremisten angegriffen worden. In dieser Richtung hat man aber nicht gesucht, weil man in den zuständigen Behörden offensichtlich bestimmte Vorurteile hatte, was dazu geführt hat, dass man in die falsche Richtung ermittelt hat.

Volker Beck (Köln)

- (A) Auch kriminalistisch ist vieles falsch gelaufen. Man hat Beweise, die bei Anschlägen sichergestellt worden sind, vernichtet. Hätte man sie zusammengefügt und zum Beispiel das Material der Rohrbomben, die in den Jahren 2003 und 2004 explodiert sind, verglichen, hätte man gemerkt, dass es hier einen Tatzusammenhang gegeben hat. All das hat man aber nicht getan.

Notwendig ist eine tiefgreifende Analyse. Wir müssen überprüfen: Was läuft beim Informationsaustausch falsch: zwischen Polizei und Geheimdienst,

(Clemens Binninger [CDU/CSU]: Ja!)

zwischen Bund und Ländern

(Clemens Binninger [CDU/CSU]: Ja!)

und zwischen den Ländern?

(Clemens Binninger [CDU/CSU]: Ja! Aber da sind Sie der Bremsler!)

Wir müssen uns aber auch fragen: Was für eine Mentalität herrscht in manch einer Behörde, wenn es dazu kommen kann, dass man so grundsätzlich falsch ermittelt und falsch vorgeht? Das sind wir den Menschen im Lande schuldig.

Ich denke, durch eine vorbehaltlose Aufklärung können wir viel Vertrauen in den Rechtsstaat zurückgewinnen, wenn wir im Anschluss die Pannen und Strukturprobleme unserer Sicherheitsbehörden entsprechend den Empfehlungen der Kommission beheben. Wir wollen daran gerne mitwirken. Ich hoffe in der Tat, dass es in diesem Ausschuss nicht zu Streit zwischen den Fraktionen bzw. zwischen Opposition und Koalition kommt, sondern dass alle vorbehaltlos an der Aufklärung mitwirken. Das sind wir den Opfern und deren Angehörigen schuldig.

- (B)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN – Ingo Wellenreuther [CDU/CSU]: Das liegt ganz an Ihnen!)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Das Wort hat nun Clemens Binninger für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Clemens Binninger (CDU/CSU):

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Diese Mordserie hat uns alle erschüttert. Am 22. November letzten Jahres hat der Deutsche Bundestag gemeinsam ein Zeichen gegen diese schrecklichen Verbrechen gesetzt. Heute setzt der Deutsche Bundestag wieder ein Zeichen, indem er gemeinsam, getragen von allen Fraktionen, einen Untersuchungsausschuss einsetzt. Von Untersuchungsausschüssen sind wir aus der Vergangenheit gewohnt, dass sich sehr schnell ein klassisches Rollenverständnis entwickelt: die Opposition auf der einen Seite, die Regierung auf der anderen Seite. Die Fraktionen spielen also auch dort eine Rolle.

Dieser Ausschuss wird nicht so sein;

(C)

(Wolfgang Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Hoffentlich!)

dafür kann man, wie ich glaube, schon heute garantieren. Er wird gemeinsam versuchen, diese schreckliche Mordserie aufzuklären und herauszufinden, wo es Versäumnisse gab. Eines muss uns klar sein: Wir müssen alles Mögliche tun, damit sich solch eine Verbrechenserie in unserem Land nicht wiederholen kann. Das ist unsere gemeinsame Aufgabe.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD, der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wenn der Untersuchungsausschuss mit seiner Arbeit und den Erkenntnissen, die er gewinnt, dazu einen Beitrag leistet, dann hat er seinen Auftrag erfüllt, nicht mehr und nicht weniger.

Von einigen Rednern haben wir schon gehört: Neben dem von uns einzusetzenden Untersuchungsausschuss gibt es eine Bund-Länder-Kommission, die die Innenminister der Länder und der Bundesinnenminister eingesetzt haben; das ist völlig in Ordnung. Auch in Thüringen gibt es einen Untersuchungsausschuss. Ebenfalls in Thüringen wurden schon eine Kommission und ein Sonderermittler eingesetzt. Das ist kein Widerspruch. Es ist das legitime Recht der Länder – vielleicht sogar ihre Pflicht –, auch in ihrem Verantwortungsbereich Aufklärung zu betreiben.

Wir alle, die wir in diesem Gremium mitarbeiten, sind, glaube ich, gut beraten, nicht gegeneinander, sondern miteinander zu arbeiten. Wir müssen einen Weg finden, zu ermöglichen, dass die verschiedenen Gremien ihr Wissen austauschen. Außerdem müssen wir vermeiden, dass wir uns gegenseitig ins Gehege kommen.

(D)

Vereinzelt wurde gefragt, ob Vertreter der Länder überhaupt kommen müssen und ob vonseiten der Länder überhaupt Akten bereitgestellt werden müssen, wenn wir sie darum bitten.

Frau Kollegin Pau, ich will hier gar nicht so sehr auf rechtliche Fragen und darauf eingehen, ob man darauf klagen müsste.

(Petra Pau [DIE LINKE]: Ich hoffe ja, nicht!)

Das wäre mir schon fast ein Schritt zu weit. Ich will eines deutlich machen: Es mag vielleicht keine Verpflichtung geben, zu kommen,

(Hans-Christian Ströbele [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Doch! Steht im Gesetz!)

aber es ist auch nicht verboten, dass man uns zur Aufklärung in der Sache zur Verfügung steht, wenn wir darum bitten.

(Fritz Rudolf Körper [SPD]: Sehen das alle so?)

Ich will dieses Angebot ausdrücklich machen, und ich bin sehr zuversichtlich, dass wir, wenn wir als Ausschuss gemeinsam agieren, hier im Interesse der gemein-

Clemens Binninger

- (A) samen Aufklärung zu einem guten Weg kommen werden.

Alles andere wäre den Bürgern dieses Landes auch nicht zu vermitteln. Es wäre den Bürgern nicht zu vermitteln, wenn wir uns bei der Aufklärung auf Formalien wie Zuständigkeiten zurückziehen würden, während alle hier diese schreckliche Mordserie zu Recht beklagen und sagen, das dürfe sich nicht wiederholen. Ich glaube, deshalb wird es dazu auch nicht kommen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Abg. Hans-Christian Ströbele [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

– Ich würde sie zulassen, aber ich warte auf das Signal des Präsidenten.

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Bitte schön, Herr Ströbele.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD, der FDP und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich danke sowohl dem Präsidenten als auch dem Redner, Herrn Binninger.

- (B) Es wird ja hier den ganzen Tag darüber diskutiert – auch in den Medien –, welche Möglichkeiten und Rechte der Untersuchungsausschuss eigentlich hat und ob der Untersuchungsausschuss außer Bundesbehörden und der Bundesregierung auch aus den Ländern Zeugen laden und Beweismittel und Akten beziehen kann.

Hier erlaube ich mir den Hinweis auf das Untersuchungsausschussgesetz, das dieser Deutsche Bundestag ja verabschiedet hat. Darin steht das ausdrücklich. Wir haben uns damals, als wir den entsprechenden Gesetzentwurf formuliert haben, ja auch über solche Fälle wie den jetzigen Fall Gedanken gemacht. Bundesbehörden werden dort ausdrücklich genannt, aber darin steht auch ganz allgemein, dass der Parlamentarische Untersuchungsausschuss Gerichte und Behörden, und zwar nicht nur Gerichte und Behörden auf Bundesebene, zur Amtshilfe verpflichten kann. Das gilt gerade auch für die Beziehung von Beweismitteln und Akten. Das steht also im Gesetz. Das heißt, wir haben eine gute und verlässliche gesetzliche Grundlage, auf der wir arbeiten können.

(Gisela Piltz [FDP]: Was ist die Frage?)

Ich frage Sie, ob Sie das beruhigt und ob Sie mir recht geben können, dass wir auf dieser Grundlage sehr optimistisch sein können, dass die Aufklärung klappen wird.

Clemens Binninger (CDU/CSU):

Herr Kollege Ströbele, es kommt sicher selten vor, dass mich eine Frage von Ihnen beruhigt, aber in diesem Fall Ihres Verweises auf die Rechtslage, die mir bekannt ist, kann ich das bejahen. Ich wollte bewusst nicht diese recht-

liche Debatte führen, weil ich denke: Noch schöner, als sich über rechtliche Fragen zu streiten – eine ähnliche Bestimmung gibt es ja im Gesetz über die parlamentarische Kontrolle nachrichtendienstlicher Tätigkeit des Bundes; hier gibt es teilweise unterschiedliche Auffassungen, wie das unter Juristen nun einmal häufig üblich ist –, wäre es, auf den Konsens zu setzen. Das tun wir, und das sollte auch das Signal sein, das von den heutigen Debattenbeiträgen ausgeht. Ich glaube auch, dass das gelingst.

Wir werden in diesem Untersuchungsausschuss verschiedene Fragen stellen müssen. Auch das ist hier heute Nachmittag schon angeklungen. War der Informationsaustausch zwischen Bundes- und Landesbehörden richtig organisiert? Das gilt übrigens auch für den Informationsaustausch zwischen dem Verfassungsschutz und der Polizei. Verbunden damit stellt sich die Frage, ob das, was wir heute einfordern, damals überhaupt schon rechtlich zulässig gewesen wäre. Wir müssen auch die Frage stellen: Wie konnte es passieren, dass dieses Trio, das mit Haftbefehl gesucht wurde, 1998 abtauchen konnte? Warum ist es über drei Jahre hinweg nicht gelungen, den Standort zu entdecken und dieses Trio festzunehmen? Warum ist es 2000, als die Mordserie begann – 2001 waren schon vier Morde passiert –, nicht gelungen, auch nur einen Hinweis zu finden, mit dem eine Verknüpfung zwischen dieser Mordserie und diesem Trio hätte ermöglicht werden können? Oder gab es sie und wurden sie falsch bewertet?

Diesen Fragen müssen und werden wir uns stellen. Wir werden dabei sicher auch an den Punkt kommen, dass wir die Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden bewerten müssen. Ich sage hier ganz deutlich: Wenn wir im Ausschuss feststellen, dass die Sicherheitsarchitektur unseres föderalen Systems bei solch komplexen Verbrechen mit terroristischem Hintergrund, die mehrere Bundesländer betreffen, an die Grenzen des Möglichen kommt, dann müssen wir das auch benennen und auch aufzeigen, wo vielleicht Veränderungen notwendig sind. Alles andere wäre der falsche Weg.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und der FDP sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir werden uns auch damit zu befassen haben, welche Rolle V-Leute gespielt haben. Das haben wir ausdrücklich in den Untersuchungsauftrag aufgenommen, um zu erfahren: Hätte es hier einen Weg gegeben, oder ist dieses Instrument in jeder Hinsicht nur sehr begrenzt geeignet? So werden wir die Arbeit der Behörden insgesamt zu bewerten haben. Wir haben auch die Möglichkeit, wenn wir es für notwendig erachten sollten, Ermittlungsbeauftragte einzusetzen. Ob wir das brauchen, werden wir sicher gemeinsam festlegen können. Zum jetzigen Zeitpunkt sehe ich das noch nicht, aber es mag auf der Strecke durchaus notwendig sein.

Jetzt etwas zur Zusammenarbeit, die hier ein paar Mal angesprochen wurde, und zu Ihren beiden Anträgen zur Größe des Gremiums. Die Begründung ist richtig: Wenn die Größenverhältnisse anders wären, dann hätten zwar nicht Sie allein, aber gemeinsam mit der anderen kleineren Oppositionsfraktion ein Antragsrecht. Seien wir

Clemens Binninger

- (A) ganz offen: Wenn wir, die wir hier heute Nachmittag anwesend sind, sagen: „Das machen wir gemeinsam“, ist es genauso gut denkbar, dass wir sagen: Wir unterstützen auch Beweisanträge der Grünen und, wenn sie vernünftig sind, auch die der Linken. Das ist nicht ausgeschlossen.

Ihre Vorstellung, Sie könnten nur agieren, wenn Sie eine entsprechende Größe hätten, weil Sie der SPD, der CDU/CSU oder der FDP nicht trauen, ist genau das Denken, das wir in diesem Ausschuss nicht wollen.

(Katja Keul [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:
Das ist die Erfahrung!)

Wir agieren gemeinsam. Wenn Ihre Anträge sinnvoll und berechtigt sind, werden sie an uns nicht scheitern. Dazu brauchen wir aber keine anderen Größenverhältnisse.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP –
Josef Philip Winkler [BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN]: Wir nehmen Sie beim Wort!)

– Ja, Sie dürfen mich beim Wort nehmen. Ich will ganz persönlich sagen: Die Zusammensetzung dieses Untersuchungsausschusses mit den Kollegen, die ich namentlich kenne, stimmt mich da sehr zuversichtlich. Wir kennen und schätzen uns größtenteils seit vielen Jahren aus den Ausschüssen. Manche kennen sich noch nicht so lange, aber die meisten kennen sich seit vielen Jahren. Bei aller Unterschiedlichkeit vertrauen wir uns auch. Das sollte es noch mehr als sonst möglich machen, dass wir hier zusammenarbeiten, und zwar im Interesse der Sache der Aufklärung, im Interesse des gemeinsamen Kampfes gegen den Rechtsextremismus, im Interesse, dass wir hier einen kleinen Beitrag zur Sicherheit aller Bürgerinnen und Bürger hier in unserem Land leisten.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie
bei Abgeordneten der SPD, der LINKEN und
des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Das Wort hat nun Sebastian Edathy für die SPD-Fraktion.

Sebastian Edathy (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ja, Rechtsextremismus ist Realität in unserem Land. Nein, das ist eine Realität, die wir als Demokratinnen und Demokraten niemals, weder heute noch in Zukunft, als Normalität akzeptieren dürfen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN sowie
bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE
GRÜNEN)

In den letzten zehn Jahren hat es im Grunde zwei Tendenzen in der Entwicklung des Rechtsextremismus in Deutschland gegeben: zum einen eine deutliche Verjüngung der Akteure. Wir haben es fast gar nicht mehr mit Ewiggestrigen zu tun, sondern mit erschreckend jungen Neugestrigen. Zum anderen ist eine wachsende Gewalt-

bereitschaft zu beobachten. Das spiegelt sich in der deutlich gestiegenen Zahl von Neonazi-Kameradschaften, aber auch in dem Aufkommen einer Bewegung wider, die sich selber als „Autonome Nationalisten“ bezeichnet. (C)

Nach Auskunft des Bundeskriminalamtes werden augenblicklich 159 deutsche Rechtsextremisten mit Haftbefehl gesucht. Das sind erschreckende Befunde. Man wird auch im Untersuchungsausschuss die Frage stellen müssen: Gab es denn wirklich vor der viel zu spät erfolgten Identifizierung der sogenannten Zwickauer Terrorzelle keine Hinweise auf rechtsterroristische Bestrebungen?

Ich erinnere an 2003. Da hat eine süddeutsche Neonazi-Kameradschaft Anschläge in München geplant. Sie konnten Gott sei Dank verhindert werden. Die Beteiligten sind wegen Bildung einer terroristischen Vereinigung verurteilt worden. Es ist also nicht so, dass es keine Vorläufer, wenn auch in anderer Qualität, gegeben hat.

Wie also war es möglich, dass die Zwickauer Zelle jahrelang mordend und raubend durchs Land ziehen konnte, ohne dass ein Zusammenhang zwischen den Taten erkannt wurde und ein Zugriff erfolgte? Hätte man seitens der Sicherheitsbehörden mehr wissen können, mit vorhandenem Wissen anders umgehen müssen oder anders handeln können? Wie war es eigentlich in den zuständigen Behörden um Expertise, aber auch um Sensibilität für das Thema Rechtsextremismus bestellt?

Eine weitere Frage ist – darin gebe ich Herrn Binninger recht –: Ist die Sicherheitsarchitektur in Deutschland so ausgestaltet, dass sie den Herausforderungen durch einen sich verändernden Rechtsextremismus noch wirksam begegnen kann? Nicht zuletzt wird uns im Ausschuss auch die Frage beschäftigen, welche Schlussfolgerungen sich aus möglichen Defiziten im Handeln und in der Kooperation unserer Behörden ergeben. (D)

Diesen Fragen nachzugehen sind wir nicht nur dem Andenken der Opfer und auch nicht allein den Hinterbliebenen schuldig. Diesen Fragen nachzugehen sind wir der ganzen Gesellschaft gegenüber schuldig und, ja, gerade auch unserer eigenen Selbstachtung als Demokratinnen und Demokraten in der Bundesrepublik.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wer aus rassistischen Motiven willkürlich Mitbürger in diesem Land angreift, der greift immer zugleich auch unser aller demokratisches Selbstverständnis an. Deshalb geht es bei der Arbeit in diesem Untersuchungsausschuss im Kern um die Funktionsfähigkeit des demokratischen Rechtsstaats. Nur ein funktionierender demokratischer Rechtsstaat wird das Vertrauen seiner Bürgerinnen und Bürger finden.

Es geht nicht um Schuldzuweisungen, sondern um eine Fehleranalyse. Es geht nicht um Konfrontation; es muss uns um Kooperation gehen. Es geht nicht um ein Streiten zwischen den Parteien, sondern um das gemein-

Sebastian Edathy

- (A) same Streiten aller Fraktionen in dem Ausschuss für unsere Demokratie.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich habe den Wissenschaftlichen Dienst des Deutschen Bundestages in Anspruch genommen: Der Ausschuss, dessen Einsetzung wir heute beschließen wollen, ist der 39. Untersuchungsausschuss seit Bestehen des Bundestages. Es ist der erste und bisher einzige Ausschuss, der auf einem gemeinsamen Antragstext aller im Bundestag vertretenen Fraktionen beruht. Ich finde, das ist ein gutes Zeichen, auf das wir gemeinsam stolz sein können.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Wir haben – das ist angesprochen worden – bereits im November hier im Hause gemeinsam eine Resolution verabschiedet, in der wir nicht nur unser aller Betroffenheit zum Ausdruck gebracht haben, sondern auch unsere Verpflichtung zur Aufarbeitung des Geschehenen und zum Ziehen von Konsequenzen aus Fehlern, die gemacht worden sind. Ich glaube, genau dieser Geist muss die Arbeit des Untersuchungsausschusses prägen. Deswegen gehe ich übrigens auch davon aus – das richte ich an die Adresse von Grünen und Linken –, dass wir im Untersuchungsausschuss Beweisangebote in großem Konsens beschließen und wechselseitig Verständigung suchen werden.

- (B) Ich hoffe, wir können am Ende, wenn wir unseren Bericht vorlegen, gemeinsame Handlungsempfehlungen vorlegen, übrigens nicht nur zur Bekämpfung des Rechtsextremismus, sondern auch zur Prävention. Ich bin zum Beispiel ein großer Freund von Programmen, die den Ausstieg aus der rechtsextremen Szene unterstützen. Aber noch viel besser finde ich Programme, die den Einstieg verhindern helfen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, der FDP und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Bei all dem Entsetzen über das, was passiert ist, muss man vielleicht auch eines sagen: Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe haben unermesslich viel Schuld auf sich geladen, aber sie sind gewiss nicht als Rechtsextremisten geboren worden. Wir müssen dafür sorgen, dass wir ein Aufwachsen von jungen Menschen in unserem Land ermöglichen, in dem nicht diejenigen, die Freizeitangebote machen, Rechte sind und die demokratische Kultur vernachlässigt wird. Das halte ich für einen sehr wichtigen Punkt.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Demokratie ist verletzlich. Sie kann nicht vererbt, sondern muss von jeder Generation aufs Neue erlernt werden. Auch das sollten wir neben den repressiven Maßnahmen im Ausschuss miteinander besprechen.

Ich möchte mit den Worten von Heinz Galinski schließen, die uns bei unserer anstehenden wichtigen Arbeit vielleicht ein Stück Wegbegleitung sein können. Heinz Galinski hat als Vorsitzender des Zentralrates der Juden in Deutschland einmal gesagt: Demokratie ist kein Geschenk. Sie muss täglich erkämpft und verteidigt werden. – Das ist eine Aufgabe, die heute genauso aktuell ist wie damals, als uns Heinz Galinski aufgefordert hat, uns ihrer anzunehmen.

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, der FDP, der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Das Wort hat der Kollege Christian Ahrendt für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Christian Ahrendt (FDP):

Frau Präsidentin! Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen! Viele Redner haben es schon angesprochen: Wir blicken auf eine Pannenserie zurück, die uns alle fassungslos macht. Wir antworten hier mit der Einsetzung eines Untersuchungsausschusses, um aufzuklären, wie es zu dieser Pannenserie, in deren Folge zehn Menschen ihr Leben verloren haben, gekommen ist. Wir werfen die Frage auf, ob dadurch das Vertrauen in unseren Rechtsstaat – so hat es in diesem Jahr der Präsident des Bundeskriminalamtes im *Spiegel* formuliert – fundamental erschüttert ist. Dem will ich ausdrücklich widersprechen. Der Rechtsstaat ist mehr als die Summe seiner Sicherheitsbehörden. Die Krise, über die wir diskutieren müssen, ist sicherlich eine Krise der Sicherheitsbehörden, weil diese in einer Zeit intensiver Beobachtung des Terrortrios aus dem rechten Spektrum von 1998 bis 2001 verschiedene Gelegenheiten haben verstreichen lassen, um Mundlos, Böhnhardt und Zschäpe festzunehmen und so die entstandene Mordserie zu verhindern.

Zwei Fragen werden den Untersuchungsausschuss zentral beschäftigen: Die eine Frage hat der Kollege Edathy schon angesprochen. Ich möchte noch einmal darauf eingehen. Die Frage lautet: Warum ist es den Sicherheitsbehörden nicht gelungen, das alle Taten verbindende Motiv des Rechtsextremismus zu erkennen, mittels dieses gemeinsamen Motivs Aufklärung zu betreiben und die Täter dingfest zu machen? Ich glaube nicht, dass wir es uns mit der Beantwortung dieser Frage einfach machen können. Wenn wir den Zeitraum von 1998 bis 2001 betrachten, stellen wir als Erstes fest, dass sowohl Landeskriminalämter als auch die Bundesanwaltschaft ermittelt und gefragt haben, ob es sich bei diesem Trio um eine terroristische Vereinigung handelt. Dies wurde verneint.

Wir können auch nicht sagen, dass wir uns in dieser Zeit nicht für Rechtsextremismus interessiert hätten; denn 2003 lief das NPD-Verbotsverfahren, bei dem der Extremismus große Aufmerksamkeit bekam. Das ist also keine Entschuldigung. Wenn man sich den besagten

Christian Ahrendt

- (A) Zeitraum genau anschaut, dann stellt man des Weiteren fest, dass das, was uns heute begegnet und fassungslos macht, nichts Neues ist. 2001 titelte die *Bild*-Zeitung: Das geheime Leben der Terroristen in Hamburg – Terrorbestie lebt acht Jahre in Deutschland. – Es geht hier um diejenigen, die von Hamburg aus die Anschläge in New York vorbereitet haben. Obwohl wir damals wussten, dass es islamistischen Terrorismus gibt, war es für unsere Dienste unfassbar und unvorstellbar, dass Deutschland Rückzugsraum und Vorbereitungsraum für solche Täter ist. Da wir damals die potenziellen Täter nicht erkannt haben, weil es uns an Vorstellungskraft fehlte, müssen wir uns heute fragen: Konnten wir uns nicht vorstellen, dass es rechtsextremistischen Terror in Deutschland gibt, und ist das ein Grund dafür, dass wir das Motiv, das alle Taten miteinander verbindet, nicht rechtzeitig erkennen konnten? Das ist die eine Frage, mit der sich der Untersuchungsausschuss zentral zu befassen hat.

Bei der anderen Frage – das ist schon angeklungen – geht es um die Sicherheitsarchitektur. Wie gehen wir mit dem beobachteten Organisationsverschulden um? Informationen wurden nicht weitergegeben. Da beobachten zwei verschiedene Polizeieinrichtungen dieselbe konspirative Wohnung. Die Täter erscheinen, werden aber nicht festgenommen. Jeder hat seine Quellen gehütet und Informationen nicht weitergegeben. Als die Quelle 2001 den entscheidenden Hinweis gibt, dass dieses Terrortrio genügend Geld hat, dass es keine Geldsorgen mehr hat – in den Jahren zuvor wurde das genaue Gegenteil berichtet –, werden die Ermittlungen eingestellt, und es passiert gar nichts mehr, und das, obwohl zu diesem Zeitpunkt in Chemnitz bereits zwei Banküberfälle begangen wurden, durch die Herr Mundlos, Frau Zschäpe und Herr Böhnhardt mit ausreichend Geld versorgt wurden. Ermittlungen fanden aber nicht mehr statt. Vor diesem Hintergrund stellen sich die Fragen, wie dieses Organisationsverschulden aufzulösen ist und warum sich die Behörden nicht in ausreichendem Maße gegenseitig informiert haben. Auch das sind zentrale Fragen, die wir im Rahmen des Untersuchungsausschusses klären müssen.

Der Untersuchungsausschuss wird eingesetzt, weil wir eine Verpflichtung gegenüber den Opfern haben. Wir können uns bei ihren Angehörigen nur dafür entschuldigen, dass das, was in den vergangenen zehn Jahren passiert ist – das betrifft auch die Verdächtigungen der Angehörigen –, schlecht war. Wir müssen aber auch sagen: Wir können jetzt nur das tun, was wichtig ist. Das heißt, wir müssen aufklären. Wir müssen diejenigen, die geholfen haben, zur Rechenschaft ziehen und dafür sorgen, dass sie verurteilt werden. Wir müssen aus den Ergebnissen des Untersuchungsausschusses Konsequenzen ziehen. Es kann nicht sein, dass es in Deutschland immer wieder verschiedene Organisationen, Behörden und Stäbe gibt, die sich überlegen, wie man die Sicherheitsarchitektur neu organisieren kann – zuletzt war das die Werthebach-Kommission –, aber alle diese Vorschläge in den Schubladen verschwinden, weil die Behörden selbst entscheiden und sie eigentlich keine Änderung wünschen. Das kann nicht die richtige Antwort sein.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU) (C)

Insofern wünsche ich uns, dass der Untersuchungsausschuss gute Vorschläge macht, die nicht in den Schubladen, sondern im Gesetzblatt landen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat der Kollege Wolfgang Wieland das Wort.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Stünde ich hier als Anwalt, würde ich sagen: „Ich schließe mich den richtigen Ausführungen des Kollegen Binninger vollinhaltlich an“, und mich wieder hinsetzen. Aber dafür habe ich nicht drei Minuten Redezeit erstritten. Aus der Verlegenheit hilft mir, wie so oft, der Kollege Uhl.

(Clemens Binniger [CDU/CSU]: Der hat noch gar nicht geredet!)

– Ja, er kommt nach mir, aber ich ziehe ihn vor.

(Dr. Hans-Peter Uhl [CDU/CSU]: Er weiß schon, was ich sage!)

– Ich weiß immer, was er sagen wird, weil er so berechenbar ist. – Aber an einem Freitag, dem 13. – das Datum entschuldigt nicht alles –, erklärte er im *Deutschlandradio* wörtlich: (D)

Ich halte bei allem Aufklärungsverlangen das Instrument des Untersuchungsausschusses in diesem Fall für falsch. Es ist nämlich auch ein Kampfinstrument der Opposition gegen die Regierenden. Ich selbst war ja Vorsitzender des Visa-Untersuchungsausschusses ...

Unvergessen, Herr Kollege Uhl.

(Dr. Hans-Peter Uhl [CDU/CSU]: Joschka Fischer kann sich auch erinnern!)

Aber hier weiß ja die SPD gar nicht, ob sie auf der Ankläger- oder auf der Verteidigerseite steht ...

So weit der Kämpfer Uhl, der aus diesem alten Schema, Herr Kollege Binninger, gedanklich noch nicht herausgetreten ist. Wir werden gleich sehen, ob er seitdem Fortschritte gemacht hat, Fortschritte im Lernprozess;

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

denn wenn es auch richtig ist – das geben wir zu –, dass die Rollenfindung der SPD einige Zeit gedauert hat und die Erleuchtung wohl erst unter dem Weihnachtsbaum gekommen ist,

(Christian Lange [Backnang] [SPD]: Mit Gottes Hilfe!)

Wolfgang Wieland

- (A) so zählt doch das Ergebnis. Das Ergebnis ist: Wir werden einen vollwertigen Untersuchungsausschuss bekommen, der auf nichts und niemanden mit seinen Untersuchungen zu warten hat und der im Untersuchungszweck und seinen Möglichkeiten einzig der Verfassung verpflichtet ist. Das wollten wir so, und deswegen sind wir heute sehr zufrieden, dass dieser Ausschuss eingesetzt wird.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Natürlich hat ein Untersuchungsausschuss immer einen Doppelcharakter. Da sind wir nicht blauäugig. Aber ich sehe genauso wie Ihr Kollege, dass hier eine Chance besteht; denn es interessiert wirklich nicht ernsthaft, ob ein Landesinnenminister wo auch immer vor 15 Jahren versagt hat. Vielmehr interessieren diesmal die strukturellen Fragen. Diesmal interessiert die Frage, die der Kollege Ahrendt zu Recht aufgeworfen hat, nämlich warum man bei dieser Mordserie nicht den gedanklichen Sprung gemacht hat; denn das BKA hatte auch die Hypothese, dass Fremdenhass als Motiv infrage komme. Warum hat man dann nicht den Sprung gemacht und nach bekannten und untergetauchten Rechtsextremisten gesucht? Warum hat das alles nicht funktioniert?

Das ist das, was der türkische Bevölkerungsteil wissen muss. Er ist sehr misstrauisch und sehr beunruhigt. Deshalb müssen wir gute Ergebnisse bringen.

- (B) Abschließend sage ich in Richtung der Länder: Wir leben hier nicht mehr im Deutschen Bund; wir leben in einem Bundesstaat mit klar festgelegten Rollen. Jeder Bürger der Bundesrepublik hat vor einem Untersuchungsausschuss zu erscheinen und auszusagen, und wenn er in seiner Aussage beschränkt wird, ist das gerichtlich überprüfbar. Ich will hier nicht drohen; ich bin auch sehr optimistisch, dass wir gut arbeiten können; aber im Ergebnis wird das Recht auf unserer Seite sein.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD und der FDP)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Vom Kollegen Wieland freundlicherweise schon angekündigt, hat nun der Kollege Dr. Hans-Peter Uhl für die Unionsfraktion das Wort.

(Zuruf von der SPD: Das ist wahre Kollegialität!)

Dr. Hans-Peter Uhl (CDU/CSU):

Geschätzter Kollege Wieland,

(Wolfgang Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja!)

Sie werden sich noch wundern, wie ich auf meine alten Tage noch aus meinem alten Kampfschema herauskommen kann.

- (C) (Heiterkeit bei der CDU/CSU und der FDP – Wolfgang Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dass ich das noch erleben darf! – Hans-Christian Ströbele [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Keine falschen Ankündigungen!)

Ich werde stellvertretendes Mitglied in diesem einzusetzenden Untersuchungsausschuss sein und werde immer wieder einmal vorbeischaun, um zu sehen, ob das, was Sie prognostiziert haben, zutrifft, dass nämlich dieser Untersuchungsausschuss kein Kampfinstrument der Opposition sein wird. Man würde sich ja auch sofort fragen: Welcher Opposition eigentlich – der in Thüringen, der in Sachsen, der in Brandenburg, oder wo auch immer diese Dinge eine Rolle spielen?

(Hans-Christian Ströbele [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Im Bund! – Fritz Rudolf Körper [SPD]: Auch in Bayern!)

– Auch in Bayern. Ja, eben.

(Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Wolfgang Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das darf nun gar nicht sein!)

Wir werden auch klären und, wie ich hoffe, Antwort auf die Frage finden, wo durch wen und vor allem wann welche Fehler gemacht wurden, die dazu geführt haben, dass auch in Bayern fünf Morde nicht aufgeklärt werden konnten und dass dieses für diesen Rechtsstaat durchaus schlimme Ergebnis herauskam, das zu dem unsäglichem Vorwurf führte, die Sicherheitsbehörden seien auf dem rechten Auge blind. Das dürfen wir nicht stehen lassen. Es gibt keinen schlimmeren Vorwurf für Deutschland als diesen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Auf dem rechten Auge haben wir nicht blind zu sein. Es muss geklärt werden, wie es zu diesem Ergebnis kommen konnte.

Herr Wieland, ich gebe Ihnen und auch anderen Recht, dass wir es hier vor allem mit einem Problem zu tun haben, das in der Natur unserer Bundesrepublik Deutschland zu suchen ist, nämlich in der föderalen Grundstruktur. Eine Zeitung hat dazu sogar kürzlich eine Zeichnung gemacht und sie mit „Der Irrgarten“ überschrieben. Da sind die Sicherheitsbehörden in Deutschland und ihre Aufsichten zu sehen: 16 Landeskriminalämter, 16 Landesämter für Verfassungsschutz, darüber die entsprechenden Bundesämter, Kontrollgremien usw. usf. Ich gebe zu, dass in einem zentralistisch aufgebauten Staat vom Typ Frankreichs, wo alles in Paris zusammenläuft, solche Dinge nicht passieren können.

(Hans-Christian Ströbele [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Na ja!)

In der Bibel heißt es: „Am Anfang war das Wort, und das Wort war bei Gott, und Gott war das Wort.“ Am Anfang dieser Republik standen die Besatzungsmächte. Diese haben gesagt: So etwas wie die Organisations-

Dr. Hans-Peter Uhl

- (A) struktur des Dritten Reichs nie mehr! – Oder: Jetzt nicht mehr.

(Wolfgang Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nie mehr!)

Das Ergebnis waren die Trennung von Verfassungsschutz und Polizei und der föderale Aufbau mit mittlerweile 16 Bundesländern. Die Folgeprobleme haben wir in diesem Fall natürlich zu lösen.

Ich denke, dass Innenminister Hans-Peter Friedrich recht hatte, als er gleich zu Anfang, im letzten Jahr noch, in der Innenministerkonferenz den Landesinnenministern gegenüber sehr deutlich geworden ist und gesagt hat: So kann das nicht weitergehen; diese Strukturdefizite, die in der Natur der Sache liegen, müssen wir überwinden, und wir müssen für mehr Zusammenarbeit sorgen. Das wird bei diesem Untersuchungsausschuss immer wieder im Mittelpunkt stehen.

Wir werden, so hoffe ich, auch aufklären können – ich glaube, das Ergebnis schon in etwa skizzieren zu können –, dass man nicht sagen kann, dass das Nazidenken wieder in der Mitte der Gesellschaft angekommen sei und dass diese zehn Morde dafür ein Beleg seien. Das ist wirklich eine völlig falsche Schlussfolgerung.

Was wir natürlich wissen wollen, ist: Wie groß ist der braune Sumpf? Mit wem haben die drei kommuniziert? Von wem haben sie Hilfe erlangt? Wen haben sie um Hilfe gebeten? Dazu wäre es natürlich hilfreich, die vielen festgestellten Kommunikationsmittel auswerten zu können und zu sehen, mit wem per E-Mail, per Computer, per Handy oder wie auch immer kommuniziert wurde. Dann wüssten wir sehr viel mehr. Jetzt muss der herkömmliche Weg beschritten werden, der natürlich schwierig ist.

Ich fürchte, jeder muss an sich arbeiten, damit wir aus dem Untersuchungsausschuss keinen Bund-Länder-Konflikt machen. Die Länder sind natürlich eifersüchtig darauf bedacht – das weiß jeder, der sie und ihre Innenminister kennt; ich kenne sie seit vielen Jahren –, ihre Kompetenzen um nichts, aber auch gar nichts zu schmälern.

(Fritz Rudolf Körper [SPD]: Haben Sie die Rede mit dem bayerischen Innenminister Herrmann abgestimmt?)

– Ich sehe ihn förmlich vor mir.

(Heiterkeit bei der CDU/CSU, der SPD, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen brauche ich überhaupt nichts abzustimmen. Aber ich sehe auch Innenminister anderer Länder, egal welcher Couleur, vor mir, die ziemlich ähnlich denken.

Ich glaube, wir werden dieses Geschäft mühsam betreiben müssen. Ich hoffe, dass es nicht dazu kommt, dass wir am Schluss sagen: Der Ausschuss wurde doch wieder zum Kampfinstrument. Da bin ich mir noch nicht so ganz sicher; denn wir haben ja auch ein Nebeneinander von Ermittlern und Aufklärern, die sich bei diesem Geschäft auch gegenseitig auf die Füße treten und sagen

können: Diese Akten und diesen Zeugen brauchen wir jetzt; den können wir nicht an euch abgeben. Dann kommen aus dem einen Gremium und aus dem anderen Gremium vielleicht Zeugenaussagen heraus, die nicht zusammenpassen und dann zu irgendwelchen Schlussfolgerungen einladen. (C)

Meine Damen und Herren, das ist alles sehr kompliziert. Aber wir werden das tun müssen, weil – noch einmal – nicht stehen bleiben darf, dass wir auf dem rechten Auge blind sind. Da sind wir uns alle einig.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD und der FDP)

Ich meine, dass wir uns bei dem Thema „Neonazis in Deutschland“ immer wieder eines vor Augen führen müssen: dass nationalsozialistisches Gedankengut letztlich nicht vom Staat allein bekämpft werden kann, sondern von der gesamten Gesellschaft bekämpft werden muss.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU, der FDP und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Hans-Christian Ströbele [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Genau so ist es! Deshalb fahren wir nach Dresden!)

Das heißt, wir müssen Antisemitismus durch die gesamte Gesellschaft bekämpfen. Wir müssen Ausländerfeindlichkeit durch die gesamte Gesellschaft bekämpfen. Wir müssen jedes antidemokratische Führerdenken durch die gesamte Gesellschaft bekämpfen.

Übrigens, dass uns das in den letzten Jahren und Jahrzehnten gelungen ist, sieht man auch daran, dass eine NPD mit ihren eins Komma soundso viel Prozent in der parlamentarischen Bedeutungslosigkeit verharrt – und das ist gut so. (D)

(Hans-Christian Ströbele [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das war schon mal anders!)

– Das war schon mal anders.

Ich meine, es ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, und es ist eine Aufgabe, die uns nie verlassen wird. Deswegen ist jedes Argumentieren „Damit muss ein für alle Mal Schluss sein“ ein zutiefst unpolitischer Gedanke.

(Beifall des Abg. Wolfgang Börnsen [Bönstrup] [CDU/CSU])

Mit dem nationalsozialistischen Denken kann nicht ein für alle Mal Schluss ein. Rassistisches Denken, antisemitisches Denken, ausländerfeindliches Denken, Führergedanken wird es immer wieder in kranken Gehirnen geben; diese Gedanken muss man dann bekämpfen. Das kann man nicht allein durch Verbote erledigen; da muss man die Gedanken bekämpfen. Genauso verhält es sich mit anderen extremistischen Gedanken, die wir in der letzten Debatte behandelt haben, nämlich mit kommunistischen Fehlideen; diese müssen wir genauso bekämpfen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

(A) Vizepräsidentin Petra Pau:

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen auf Drucksache 17/8453 zur Einsetzung eines Untersuchungsausschusses. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat getrennte Abstimmungen über Abschnitt A einerseits und Abschnitt B andererseits verlangt.

Abstimmung über Abschnitt A des Antrags auf Drucksache 17/8453. Wer stimmt für den Abschnitt A? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Abschnitt A ist damit bei Enthaltung der Fraktion Die Linke einstimmig angenommen.

Abstimmung über Abschnitt B. Hierzu liegen zwei Änderungsanträge vor, über die wir zuerst abstimmen.

Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion Die Linke auf Drucksache 17/8463. Wer stimmt für diesen Änderungsantrag? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Der Änderungsantrag ist abgelehnt.

Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Drucksache 17/8464. Wer stimmt für diesen Änderungsantrag? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Auch dieser Änderungsantrag ist abgelehnt.

Wer stimmt für Abschnitt B des Antrags? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Der Antrag ist damit insgesamt einstimmig angenommen und der 2. Untersuchungsausschuss der 17. Wahlperiode ist eingesetzt.

(B)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 6 auf:

Beratung des Antrags der Abgeordneten Jan Korte, Agnes Alpers, Steffen Bockhahn, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE

Erhalt der Gedenkstätten nationalsozialistischer Vernichtungslager sicherstellen

– Drucksache 17/7028 –

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Kultur und Medien (f)
Haushaltsausschuss

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung ist für die Aussprache eine halbe Stunde vorgesehen. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Kollege Jan Korte für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Jan Korte (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Sommer 2011 erreichte uns die Nachricht aus Polen, dass die Gedenkstätte Sobibor wegen fehlender Finanzierung schließen musste. Sobibor gehörte zu den Vernichtungslagern, die nicht so bekannt sind wie Auschwitz oder Treblinka, aber auch dort wurden in nur anderthalb Jahren über 250 000 Menschen ermordet.

Ich weiß, dass sich der Bund und auch die Länder am Erhalt beispielsweise der Gedenkstätte Auschwitz beteiligen und entsprechende Vereinbarungen bis 2015 getroffen wurden, was auch wir als Linksfraktion ausdrücklich begrüßen. Aber auch die Gedenkstätte Sobibor, eine relativ kleine Gedenkstätte, steht für den Zivilisationsbruch der industriellen Vernichtung von Millionen Frauen, Männern und Kindern.

Sobibor steht übrigens auch für den Widerstand der Häftlinge. Am 14. Oktober 1943 erhoben sich die Häftlinge dieses Vernichtungslagers, und vielen gelang unter großen Opfern die Flucht.

Es besteht, denke ich, Einigkeit hier im Hause, dass wir nicht nur für die großen bekannten Gedenkstätten eine Verantwortung haben, sondern auch für die nicht so großen Gedenkstätten.

Meine Fraktion hat an die Bundesregierung die Frage gerichtet, was Bundestag oder Bundesregierung tun können, um diesbezüglich Abhilfe zu leisten, um dafür zu sorgen, dass die Gedenkstätte wieder ihrer Arbeit nachkommen kann. Wir haben von der Staatsministerin Cornelia Pieper eine Auskunft bekommen, die gezeigt hat, was in anderen Bereichen möglich ist. Einen Kritikpunkt will ich in diesem Zusammenhang aber anmelden. Sie antworteten auf unsere Frage, was wir tun können, um die Gedenkstätte Sobibor zu erhalten, etwas lax: Die polnische Seite hat sich bisher nicht an die Bundesregierung mit der Bitte um Unterstützung zum Erhalt der Gedenkstätte Sobibor gewandt.

Wir müssten damit anders umgehen. Wir sollten von uns aus fragen, ob wir dort helfen können.

(Beifall bei der LINKEN)

Das wäre die richtige Antwort.

Ich habe erfreut zur Kenntnis genommen, dass sich um den Kollegen Montag eine interfraktionelle Arbeitsgruppe von Abgeordneten zu diesem Thema treffen will. Ich hoffe, dass Sie sich daran beteiligen und diese Hinweise aufnehmen werden. Frau Pieper, wir möchten, dass Sie vonseiten der Bundesregierung aktiv bei unseren polnischen Freundinnen und Freunden nachfragen, wie wir dort helfen können; denn das – auch da herrscht wohl Einigkeit in diesem Hause – ist aufgrund unserer Geschichte eine Verpflichtung.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir haben morgen, am 27. Januar, die Gedenkveranstaltung für die Opfer des Nationalsozialismus. Gerade in der jetzigen Zeit, da die letzten Zeitzeugen sterben, sollte die pädagogische Arbeit insbesondere an den sogenannten authentischen Orten in Polen, wo die Vernichtungslager standen, fortgesetzt werden. Ich wünsche mir, dass die Bundesregierung da aktiv wird.

Angesichts des morgigen Tages sollten wir uns alle an Theodor Adorno erinnern, der zu Recht gesagt hat, Ziel aller Pädagogik müsse es sein, dass Auschwitz sich nicht wiederholt. Ich hoffe, dass wir als Bundestag insgesamt in diesem Sinne bei der Unterstützung der Gedenkstätten in Polen aktiv werden können.

Schönen Dank.

(C)**(D)**